



Verkehrsausschuss

20. Sitzung (öffentlich)

9. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinvertiefung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern**

3

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4295

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

2 Mit Sonderverkehrswegeplan den Strukturwandel im Rheinischen Revier unterstützen 6

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4292

Der Ausschuss kommt einstimmig überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss am 13. Februar 2019 pflichtig zu beteiligen.

3 Nordrhein-Westfalen stellt die Weichen für die Mobilität der Zukunft 8

Antrag
der Fraktionen der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4447

Der Ausschuss kommt überein, heute nicht über den Antrag abzustimmen, sondern zunächst die Voten der mitberatenden Ausschüsse abzuwarten.

4 Es ist fünf nach Zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt! 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

5 Verschiedenes 22

Aus der Diskussion

1 **Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinvertiefung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4295

Nic Peter Vogel (AfD) stellt fest, es gebe einen Klimawandel. Allerdings stimme seine Partei mit einigen Wissenschaftler nicht darin überein, was davon Menschen gemacht sei, explizit in Deutschland.

Rund 100.000 Binnenschiffe passierten die Grenze bei Emmerich jährlich, sodass es sich um einen sehr interessanten Verkehrsweg handele. Mit dem Antrag wolle man Engpässe auf dem Rhein beseitigen, was auch der Bundesverkehrswegeplan für das Jahr 2030 avisiere.

Schon bei einer Abladeoptimierung von 30 cm spare man pro Jahr ungefähr 800.000 Lkw ein, täglich also rund 2.200. Wenn man von den großen Sündern in der Binnenschifffahrt absehe, handele es sich also um das deutlich ökologischere Verkehrsmittel. Für Wirtschaft, Bevölkerung und die Umwelt wolle man Fallstricke wie in diesem Sommer zukünftig vermeiden.

Klaus Vossemer (CDU) stellt klar, die Themen „Rheinvertiefung“ und „Abladeoptimierung“ befänden sich seit Langem in der Diskussion. Auch der Bundesverkehrswegeplan greife die Themen teilweise auf, sodass es des Antrags der AfD-Fraktion nicht bedürfe. Im Übrigen leugne die AfD-Fraktion erneut den menschenbeeinflussten Klimawandel, was die CDU-Fraktion in keiner Art und Weise mittragen könne.

Auch **Bodo Middeldorf (FDP)** wirft der AfD-Fraktion vor, den Klimawandel sehr wohl zu leugnen. Die Verknüpfung der Themen halte er für beliebig.

Man mache sich an verschiedenen Stellen immer wieder für die Rheinvertiefung stark, sodass es sich um kein neues Thema handele.

Die AfD-Fraktion bezeichne die CO₂-Steuer als Ablasshandel, worin seine Fraktion in keiner Weise folgen könne. Selbstverständlich dürfe man keinesfalls zusätzliche Lasten einführen; gleichwohl halte die FDP-Fraktion eine CO₂-Steuer für ein geeignetes Instrument, denn mit einer solchen Abgabe schaffe man Anreize für eine technologieoffene Entwicklung und die Einsparung von CO₂. Dadurch könne man zum einen auf Verbote und Einschränkungen verzichten und schreibe zum anderen niemandem vor, welche Technologien man einsetzen müsse.

Johannes Remmel (GRÜNE) teilt seinen Eindruck mit, offensichtlich schäme sich Nic Peter Vogel für den eher ideologischen Teil des Antrags, den er mit seiner Aussage, dass es sehr wohl einen Klimawandel gebe, relativiere.

Über einzelne Aspekte des Antrags könne man grundsätzlich reden. Die grüne Fraktion habe jedenfalls keine Probleme mit der Technologieoffenheit und einer CO₂-Bepreisung, wenn man auch darüber nachdenken müsse, sie europaweit einzuführen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Diese richtigen Vorschläge müsse man auf die Bereiche ausweiten, bei denen es bislang keinen Emissionshandel gebe, also bei der Mobilität sowie bei der Wärme- und Kälteerzeugung.

Das klare Ziel stelle die Einschränkung des Verbrauchs von Rohstoffen dar, denn angesichts von Ressourcenproblemen dürfe man sie nicht einfach verbrennen. So stelle Kohlenstoff auch eine wesentliche Grundlage der chemischen Industrie dar.

Die von Nordrhein-Westfalen für den Bundesverkehrswegeplan angemeldete Rheinvertiefung müsse nun im Rahmen der Planungsverfahren fachlich geprüft werden, was er für nicht unproblematisch halte, denn eine weitere Vertiefung greife die Sohle an. Insofern hätte man nichts von einer Rheinvertiefung, wenn das Wasser deshalb im Untergrund verschwinden würde. Einen anderen Problempunkt stelle die Ufervernässung dar, weil man für Natur und Umwelt mit weitreichenden Folgen wertvolle Flächen trockenlege.

Frank Börner (SPD) hält den Antrag mit Blick auf das Klima für pseudowissenschaftlich. Die Rheinvertiefung selbst sei bereits Thema. Insgesamt enthalte der Antrag keinen roten Faden.

Nic Peter Vogel (AfD) unterstreicht, seine Fraktion habe den Klimawandel niemals bestritten. Allerdings gebe es in der Menschheitsgeschichte immer mal wieder Klimaänderungen. Ein guter Teil des Klimawandels scheine menschengemacht zu sein, was jedem einleuchten müsse, wenn man den halben Amazonas abholze. Man könne sich aber nicht auf seriöse Wissenschaft verlassen, wenn es gar keine Muster gebe, denn das globale Klima zeichne man erst auf, seitdem es Satelliten gebe. Aufzeichnungen etwa mit Thermostaten gebe es auch erst seit 120 Jahren. Zudem handele es sich bekanntermaßen um eine chaotische Wissenschaft, die nicht das Klima für demnächst vorausberechnen könne.

Natürlich dürfe man die Atmosphäre und die Welt nicht grundlos zerstören. Allerdings glaube seine Partei nicht, dass man genau zertifizieren könne, zu welchem Anteil der Mensch Schuld daran trage und wie viel man in Deutschland lösen könne. Insofern stimme er Johannes Remmel zu, den Blick auf Europa bzw. die ganze Welt zu lenken. Wenn ehemalige Schwellenländer wie China unglaubliche Emissionsmengen in die Atmosphäre schickten, könne man in Deutschland relativ wenig am Klimawandel ändern. Je höher ein Land entwickelt sei, desto sauberer seien in der Regel auch die Technologien und desto besser funktioniere der Umweltschutz.

Zur Rheinvertiefung habe man noch keine großartigen Aktionen feststellen können, sodass seine Fraktion der Meinung sei, man müsse nun endlich einmal beginnen.

Minister Hendrik Wüst (MV) erinnert daran, Nordrhein-Westfalen habe die Abladeoptimierung und die Sohlenstabilisierung bis Koblenz angemeldet; mit Blick auf das NKV sei sie bis Stürzelberg in den Bundesverkehrswegeplan gekommen, was nun zur Bearbeitung anstehe. Die Landesregierung halte die ursprüngliche Forderung aufrecht; jedenfalls müsse es eine Rheinvertiefung bis Bonn geben, wofür sie nachhaltig werbe.

Die zuständige Bundeswasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung werde in Nordrhein-Westfalen aufgestockt, um diese, wie auch ganz andere dringende Probleme in Nordrhein-Westfalen wie etwa den Zustand der Schleusen anzugehen.

Eine Ermunterung der Landesregierung bedürfe es daher nicht. Er werde gleichwohl zukünftig gerne über die Projekte der Bundeswasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung in Nordrhein-Westfalen berichten, weil es ja noch einiges zu tun gebe. Insofern lade er alle herzlich dazu ein, die nordrhein-westfälischen Projekte auf Bundesebene immer wieder auf die Agenda zu setzen.

Bodo Middeldorf (FDP) stellt auch im zweiten Wortbeitrag von Nic Peter Vogel eine völlige Inkonsistenz zum Klimawandel fest, wenn er auf der einen Seite nämlich den menschenverursachten Klimawandel leugne, gleichzeitig aber auf der anderen Seite darauf hinweise, dass die Abholzung des Regenwaldes am Amazonas Auswirkungen auf das Klima habe. Auch die Produktion von CO₂ ohne Ende in China werde von Menschen verursacht.

Auch die von Nic Peter Vogel mündlich geforderte weltweite Lösung finde sich nicht im Antrag wieder; vielmehr heiße es dort, der Landtag möge feststellen, dass eine CO₂-Bepreisung in höchstem Maße generell wirtschaftsfeindlich und sozial unverträglich sei. Zudem solle der Landtag die Landesregierung dazu auffordern, sich mit Blick auf die UN-Klimakonferenz in Kattowitz dafür einzusetzen, eine völkerrechtliche CO₂-Steuer zu verhindern. Insofern stehe im Antrag im Grunde genommen das genaue Gegenteil des mündlichen Vortrags von Nic Peter Vogel, sodass beides völlig auseinanderfalle und seine gesamte Argumentationslinie völlig inkonsistent sei.

Nic Peter Vogel (AfD) wiederholt, der Mensch sei am Klimawandel beteiligt; allerdings könne man seinen Anteil am Klimawandel nicht feststellen, erst recht nicht bezogen auf Deutschland.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

